Haushaltsrede 2018 von Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper in der Sitzung des Gemeinderats am Donnerstag, 9. November 2017

Verehrte und geschätzte Mitglieder des Gemeinderats,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute eröffnen wir die royale Phase im Sitzungsjahr des Gemeinderats. Die Haushaltsberatungen sind deswegen im gemeinderätlichen Leben royale, königliche Zeiten, weil das Haushaltsrecht das Königsrecht einer selbstverwalteten Stadt und vor allem auch das Königsrecht des Hauptorgans Gemeinderat ist. Nach der Einbringung des Haushalts durch die Verwaltung werden die Fraktionen ihre Sicht der städtischen Dinge darlegen und dann im Namen der gesamten Bürgerschaft einen Haushaltsbeschluss fassen. Um in der Sprache des Tennissports zu sprechen: Der Ball wird durch einen Aufschlag der Verwaltung ins Feld des Gemeinderats gespielt, der Gemeinderat nimmt den Ball auf und spielt ihn zurück. Nach mehreren Ballwechseln kommt es dann zum Haushaltsbeschluss, der im Unterschied zum Tennis nicht einen Sieger, sondern möglichst alle, möglichst die gesamte Bürgerschaft als Sieger hervorbringen soll.

Unser städtischer Haushalt, unser blau-gelber Backnanger Haushalt, hat erstmals eine doppische Architektur. Wir verabschieden uns im Haushaltsjahr 2018 von der Kameralistik und wenden uns der Doppik zu. Das vom Landesgesetzgeber verordnete neue Gemeindehaushaltsrecht, das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen, bedeutet einen Paradigmenwechsel – vom zahlungsorientierten zum ressourcenorientierten Haushalts- und Rechnungswesen. Das kamerale System hat den Substanzverlust nicht berücksichtigt – den Jahr für Jahr durch Abnutzung erfolgenden Substanzwertverlust etwa von Gemeindestraßen oder kommunalen Verwaltungsgebäuden wie dem Rathaus. Dieser Substanzverzehr muss zukünftig dargestellt und erwirtschaftet werden. Über die Sinnhaftigkeit der Reform des Gemeindehaushaltsrechts streiten sich die Gelehrten. Hinter ihr steht der grundsätzlich gute und richtige Gedanke der intergenerativen Gerechtigkeit, der Gedanke, dass heutige Generationen keine überproportionalen Lasten auf zukünftige Generationen verlagern sollen. Oder anders formuliert: Wir sollen heute nicht das verjubeln, was unseren Kindern und Kindeskindern zusteht. Zumindest sollen wir uns dies bewusst machen, wenn wir es dennoch tun. Der Gedanke der intergenerativen Gerechtigkeit ist gut und richtig, er gehört seit vielen Jahren zu unserer Haushaltsphilosophie. Er ist seit vielen

Jahren Teil unserer finanzwirtschaftlichen DNA. Die Frage ist deswegen, ob das Bewusstsein hierfür nicht auch in kameralen Strukturen hätte erzeugt werden können. In jedem Fall hat die Reform einen immensen Verwaltungsaufwand bei der Umstellung des Finanzsystems, vor allem bei der Erfassung sämtlicher städtischer Vermögenswerte erzeugt. Ob Kosten und Nutzen des neuen Haushaltsrechts in einer vernünftigen Relation stehen, werden die nächsten Jahre zeigen. Das neue Haushaltsrecht bedeutet für unsere städtischen Haushalte der Jahre 2017 und 2018 ganz konkret: Bei der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht ist die Bildung von Haushaltsresten nicht möglich. Dadurch wird das Ergebnis des Haushaltsjahrs 2017 verbessert und das Ergebnis des Finanzhaushalts 2018 verschlechtert. Diese umstellungsbedingte Verschlechterung des Haushalts 2018 führt dennoch zu einem guten Haushalt 2018 – mit einem positiven ordentlichen Ergebnis. Ohne die Umstellung wäre er allerdings noch besser gewesen.

Bevor ich Ihnen die Einzelaspekte des Haushalts 2018 vorstelle, möchte ich Ihnen die großen Linien sowie die Eckpunkte der Veränderung in unserer Haushaltswirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft darstellen:

1. Das Haushaltsvolumen beträgt im Jahr 2018 119,3 Millionen Euro. Seit dem Jahr 2013 hat unser städtischer Haushalt stets die 100 Millionen Euro-Schwelle überschritten. Dies bedeutet, dass wir mehr ausgeben als früher, dass wir seit dem Jahr 2013 mehr als 100 Millionen Euro ausgeben – was nach unserem heutigen Ermessen dauerhaft anhalten wird.

2. Die jährlichen Bauinvestitionen haben sich im Zehnjahresvergleich – allerdings mit zwischenzeitlichen Aufwärts- und Abwärtsbewegungen – um mehr als 50 % erhöht. Man kann deswegen gegenwärtig von einem regelrechten Bauboom sprechen – ausgelöst vor allem durch private Bauherren, aber auch durch die Stadt.

3. Die Personalausgaben haben sich im Zehnjahresvergleich um annähernd 50 % erhöht – von 18,6 Millionen Euro auf nunmehr 27,6 Millionen Euro. Die Kernverwaltung ist lediglich um 2,36 Stellen erweitert worden. Sie ist damit vom Stellenumfang her fast gleich groß geblieben und trägt zur Steigerung der Personalausgaben vorrangig durch Tarif- und Besoldungserhöhungen bei. Gerade auch durch den Einsatz moderner Medientechnik konnte der zusätzliche Personalbedarf begrenzt werden. Zur Schaffung einer Vielzahl von neuen Stellen kam und kommt es im Bereich der Kinderbetreuung

und damit im Sozial- und Erziehungsdienst. In diesem Bereich kam es fast zu einer Verdoppelung von 71,9 auf 137,4 Stellen. Dies ist eine Erhöhung um 65,5 Stellen.

4. Der laufende Abmangel der Kindertagesstätten in städtischer und kirchlicher Trägerschaft beziehungsweise die für Kindertagesstätten in kirchlicher und freier Trägerschaft geleisteten Betriebs- und Investitionskostenzuschüsse haben sich seit dem Jahr 2009, also im Zehnjahresvergleich, weit mehr als verdoppelt – von 3,8 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 9,2 Millionen Euro im Jahr 2018. In diesen Zahlen sind sämtliche Sach- und Personalkosten berücksichtigt

5. Auch die Kreisumlage ist in den letzten 10 Jahren weiter und weiter gestiegen – und zwar um knapp 36% von 13,4 Millionen Euro auf 18,2 Millionen Euro. Sie stellt mittlerweile nach den Personalausgaben unseren zweithöchsten Ausgabeposten dar.

6. Aber nicht nur die städtischen Ausgaben und die Kreisumlage haben sich deutlich erhöht, auch die Steuereinnahmen der Stadt sind spürbar gewachsen. Im Zehnjahresvergleich stieg die Steuerkraftsumme um fast 36% von 1.036 Euro je Einwohner auf 1.408 Euro je Einwohner. Damit befinden wir uns in Sachen Steuerkraft im Rems-Murr-Kreis auf Platz 5 von 31 Plätzen – was dennoch unter dem Landesdurchschnitt liegt, der eine Steuerkraftsumme von voraussichtlich 1.511 Euro je Einwohner ausweist. Bislang ist es gelungen, die erhöhten Ausgaben durch eine Verbesserung der Steuerkraft auszugleichen.

7. Bei den Indikatoren für Sparsamkeit – den Personalkosten pro Einwohner sowie dem sächlichen Verwaltungsaufwand – gehören wir im Interesse der Steuerzahler zu den im gut schwäbischen Sinne sparsamen und effizienten Kommunen in Kreis und Land.

8. Wir haben uns in den letzten 10 Jahren im Kernhaushalt kontinuierlich entschuldet. Unsere Verschuldung im Kernhaushalt sank um fast 40 % von 6,7 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 4,04 Millionen Euro per Jahresende 2018. In der unverbindlichen mittelfristigen Finanzplanung tauchen allerdings ab 2019 dunkle Schuldenwolken auf, die den Schuldenstand im Kernhaushalt bis Ende 2021 auf 22,1 Millionen Euro erhöhen würden. Wir müssen alles daran setzen, diese dunklen Schuldenwolken zu vertreiben.

> Es muss uns wie in der Vergangenheit gelingen, diese auch der haushalterischen Vorsicht geschuldeten Kreditaufnahmen zu vermeiden.

Folgende Einzelaspekte des Haushalts 2018 möchte ich an dieser Stelle besonders hervorheben:

Der Haushalt 2018 enthält Bauinvestitionen in Höhe von 25,5 Millionen Euro – zum Teil sind darin allerdings auch nicht vorgenommene Bauinvestitionen aus dem Vorjahr enthalten. Diese Mittel fließen vor allem in den innerörtlichen Hochwasserschutz, in die Sanierung und Erweiterung der Kindertagesstätten Heininger Weg und Heimgarten sowie für die Einrichtung eines Ganztagesbetriebes an der Schickhardt-Realschule mit dem Bau einer Mensa sowie der Schaffung von zwei Schulräumen. An der Gemeinschaftsschule in der Taus wird die mehrjährige Generalsanierung fortgesetzt und an der Max-Eyth-Realschule soll eine Aufstockung vorgenommen werden, um zusätzliche Schulräume zu schaffen. Auch die Investitionskosten für den Neubau des Evangelischen Kindergartens Sachsenweiler, der mit der Erweiterung um eine Kindergartengruppe verbunden ist, sind im Schwerpunkt von der Stadt zu tragen. Für die Karl-Euerle-Halle, für die Stadtbrücke am Bahnhof sowie für das Feuerwehrhaus Süd soll im Jahr 2018 mit Planungsraten von jeweils 300.000 Euro der Startschuss gegeben werden. Neben den von 470.000 Euro auf 990.000 Euro erhöhten Ausgaben für die Verbesserung und Unterhaltung der Beläge städtischer Straßen erfolgen umfassende Investitionen für den Ausbau und die Sanierung der Gemeindestraßen. Im Jahr 2018 liegt dabei der Schwerpunkt auf dem Ausbau und dem Neubau der Maubacher Straße, auf dem Bau des Geh- und Radwegs zwischen Waldfriedhof und Strümpfelbach sowie auf dem Erwerb von Straßenbeleuchtungsanlagen. Auch bei den Kreisstraßen, für die wir innerorts die Straßenbaulast haben, sind beträchtliche Investitionen vorgesehen. Im Jahr 2018 werden dies die Sanierungen der Bahnhofstraße Richtung Bürgerhaus, die Annonaystraße von der Murrbrücke bis zur Eugen-Adolff-Straße sowie die Kreuzung Industriestraße/Stuttgarter Straße sein. Auch die städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen an der Wilhelmstraße/Mühlstraße sowie an der Oberen Walke werden im Jahr 2018 angegangen. Für die Unterbringung von Asylbewerbern und Geflüchteten fallen nicht nur Kosten durch die Anmietung von Gebäuden, die im privaten Eigentum stehen an, sondern auch Investitionskosten für Baumaßnahmen in Höhe von 1,5 Millionen Euro. Überdies soll die Städtische Wohnbau eine Kapitaleinlage von 1,4 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau für alle sowie für die Anschlussunterbringung von Geflüchteten erhalten.

Ich weiß, dass das Thema Kreisumlage für viele ein Reizthema ist, ein Thema, das sie nicht mehr hören können und wollen. Nachdem die Kreisumlage jedoch mittlerweile den zweitgrößten Posten nach den Personalausgaben darstellt, kann und darf dieses Thema nicht unter den Tisch gekehrt werden. Für unseren Haushaltsplan 2018 bedeutet ein Kreisumlage-Hebesatz von 35,6 Prozent, wie von der Rems-Murr-Kreisverwaltung vorgeschlagen, zwar eine relative Senkung um einen Prozentpunkt, aber – was noch wichtiger ist – eine absolute Erhöhung um 300.000 Euro – von 17,9 Millionen Euro auf 18,2 Millionen Euro. In unserem nur wenige Kilometer entfernten, mir immer sympathischer werdenden Nachbarlandkreis Ludwigsburg beträgt der Kreisumlagehebesatz übrigens 28 Prozent, nach einer von der dortigen Kreisverwaltung vorgeschlagenen Senkung um 1,5 Prozentpunkte. Jeden Prozentpunkt, den die Kreisumlage nach oben geht, bedeutet für die Stadt Backnang rund 500.000 Euro an Mehrbelastung. Die Zugehörigkeit zum Rems-Murr-Kreis kommt uns also teuer zu stehen, sie ist für die Stadt Backnang im Jahr 2018 3,8 Millionen Euro teurer als die Zugehörigkeit zum Kreis Ludwigsburg. Die Zugehörigkeit zum Rems-Murr-Kreis ist geradezu ein Luxus, der uns teuer zu stehen kommt. Ich will hier nicht der Auskreisung das Wort reden, jedenfalls noch nicht, aber ich möchte in diesem Zusammenhang feststellen: Wenn wir nur für drei Jahre ins gelobte Kreisumlage-Land Kreis Ludwigsburg gehen und den Rems-Murr-Kreis verlassen würden, hätten wir – bei mindestens gleicher Leistung des Kreises – den Bau der Karl-Euerle-Halle in vollem Umfang finanziert. Alternativ könnten wir zum Beispiel jedes Jahr die Belagsarbeiten für 30 Kilometer Gemeindestraße durchführen oder aber jedes Jahr eine fünfgruppige Tagesstätte neu bauen oder aber jedes Jahr die Sanierung von 6 Kunstrasen-Fußballplätzen vornehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der städtische Haushalt enthält nicht unerhebliche Restrisiken – das immerwährende Risiko eines konjunkturellen Abschwungs sowie das Risiko das die nur sehr schwer planbaren Kosten der Anschlussunterbringung der Geflüchteten höher sind als geplant. Zusammengefasst kann man feststellen: wir verfolgen auch zukünftig unseren bewährten Kurs der Sparsamkeit, der Investitionsfreude und der sozialen Ausgewogenheit. Anders formuliert: Wir legen Ihnen einen soliden, einen gerechten und trotzdem wirtschafts- und investitionsfreundlichen Zukunftshaushalt vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Haushaltsrede gibt mir auch Gelegenheit, denjenigen Dank und Anerkennung auszusprechen, die das Gemeinwesen tragen, wie dies in einer eindrucksvollen Renaissance-Konsole des Historischen Rathauses künstlerisch dargestellt wird. Mein besonderer Dank gilt allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den

Haus- und Grundeigentümern sowie den Mietern, den Verbrauchern, die unsere Steuerkraft Tag für Tag erwirtschaften und erarbeiten – mit Fleiß und Schaffenskraft – und damit eine leistungs- und funktionsfähige Kommune überhaupt erst möglich machen. Mein Dank gilt in diesem Jahr der Haushaltsumstellung ganz besonders auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtkämmerei, die mit diesem Systemwechsel ein „Saugschäft“ hatten. Siegfried Janocha hatte dabei eine Haupt- und Doppelrolle – als Finanzbürgermeister und als Kämmerer. Deswegen hat er sich ein Sonderlob verdient, eine Sondervergütung können wir uns – wie Sie alle wissen – natürlich nicht leisten. In diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen allen für die geschätzte Aufmerksamkeit, auf dass wir – um wieder in die Sprache des Tennissports zurückzukehren – im Sinne aller bei unseren Haushaltsberatungen einen fairen und gekonnten Ballwechsel erleben.